

Kaiser: Das dürfen wir nicht. Wir haben lange verkündet, daß wir einen Parteitag durchführen wollen, in dem diskutiert wird. Das ist auch heute von Tillmanns noch einmal bekanntgegeben worden.

Kiesinger: Ich schlage vor, morgen mittag von halb 3 bis 3 Uhr zu tagen.

Adenauer: Wir müssen noch die Zeit für die Kundgebung unterteilen.

Wuermeling: Erhard und Storch sprechen je 20 Minuten und Sie etwa eine Stunde, Herr Bundeskanzler.

Adenauer: Dann geben Sie den Herren je eine halbe Stunde und mir 45 Minuten. Über die morgige Sitzung lassen wir am besten die Leitung bestimmen. Die Zeit muß noch abgestimmt werden. Wir sind ja präterpropter alle hier, so daß wir die Sitzung irgendwie einschieben können.

Damit wollen wir zum Schluß kommen.

22

Hamburg, 21. April 1953

Sprecher: Ehlers (Vorsitz), Altmeier, Bach, von Brentano, Fay, Gerstenmaier, Gerlich, Gradl, Frau Gröwel, Gurk, Heck, Frau Heiler, Kaiser, Kather, Kiesinger, Krone, Majonica, Nagel, Samsche, Scharnberg, Simpfendörfer, Strickrodt, Tillmanns, Vogel, Wuermeling, Zimmer. Wahlgesetz. Entschließungen. Parteiprogramm. Neuwahl des Vorstands.

Beginn: 17.00 Uhr

Ende: 20.00 Uhr

Ehlers: Ich schlage vor, daß wir beginnen. Ich möchte darum bitten, daß wir uns heute nachmittag sehr auf die Arbeit konzentrieren und jedes Überflüssige vermeiden.

Herr Scharnberg hat Wert darauf gelegt – mir und anderen geht es genauso –, daß wir den Versuch machen sollten, aus dieser ganzen Debatte im Bundestag und im Wahlrechtsausschuß für unsere Begriffe das Möglichste herauszuholen und nicht aus irgendeiner Platzangst oder Panikstimmung oder Jubelstimmung heraus sämtliche vorhandenen Gewehre in den Graben werfen.

WAHLGESETZ

Zum Wahlgesetz ist folgender Antrag gestellt worden:

Antrag Dr. Ehlers, Dr. Lehr, Scharnberg, Bach, Cillien, Dr. Fricke:

Der 4. Parteitag der CDU erwartet von der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, daß sie sich geschlossen hinter den geänderten Regierungsentwurf für das Wahlrecht

zum Bundestag stellt (Stichwahl mit doppelter Stimme), wie er am 17. April im Wahlrechtsausschuß des Deutschen Bundestages vom Abgeordneten Scharnberg vorgeschlagen worden ist.

Begründung: Dieses Wahlrecht erstrebt eine echte Synthese zwischen den demokratischen Rechten des Wählers und seiner Verantwortung für den Staat. Es bannt die Gefahr, daß durch die Bildung von Splitterparteien der demokratische Gedanke verfälscht wird. Die Formulierung ist mit dem Bundeskanzler besprochen worden; er hat seine Zustimmung gegeben. Sinn hat ein solcher Beschluß nur dann, wenn er einheitlich vertreten wird.

Simpfendörfer: Ich sehe in dem Entwurf einen Kompromiß.

Samsche: Wenn dieser Antrag die Genehmigung des Vorstandes findet, ist damit die Frage des Termins wahrscheinlich erledigt.

Ehlers: Nicht nur wahrscheinlich, sondern sicher.

Zimmer: Findet dieser Entwurf eine Mehrheit?

Ehlers: Ja, es sind bestimmte Chancen vorhanden. Ich glaube, daß die ganze Debatte im Bundestag und im Wahlrechtsausschuß darunter gelitten hat, daß es bei uns Kollegen gibt, die ohne jede Information über das, was im Wahlgesetz steht, im Lande herumfahren und dummes Zeug geredet haben.

Kather: Ich möchte zum Ausdruck bringen, daß es sich nur um eine grundsätzliche Zustimmung handelt. In diesem Sinne könnten wir dem Beschluß zustimmen. Über die Details kann man noch streiten.

Von Brentano: Ich kann nicht verschweigen, daß es in der Fraktion noch erhebliche Bedenken gibt. Ich bin persönlich absolut bereit, diesem System, das nicht mehr die doppelte Stimme vorsieht, zuzustimmen und es zu unterstützen. In der Fraktion bestehen Bedenken wegen des Proporz, der uns ja nichts gibt, sondern etwas nimmt. Außerdem hegt man Bedenken wegen der Stichwahl aus rein politischen Gründen.

Ich will nicht lange diskutieren, möchte aber doch daran erinnern, daß uns die Erfahrungen der Vergangenheit nicht überzeugen können; denn wenn wir in der Vergangenheit sogenannte Koalitionskandidaten herausgestellt haben, sind wir damit mit Pauken und Trompeten hereingefallen. Das ist in der Nachwahl in Hessen, in Hamburg, in der Pfalz und in Württemberg-Baden geschehen.¹ (*Ehlers:* Es gibt zahllose Beispiele, wo es nicht geschehen ist!) Ich habe von der Bundestagswahl gesprochen. Diese Bedenken wollte ich nur vorgetragen haben.

Ehlers: Es hat keinen Sinn, jetzt darüber zu diskutieren, welches für uns die idealste Form ist.

Gurk: Nach dem heutigen Stand der Dinge wird man dem Entwurf zustimmen

¹ Bei den Nachwahlen in Hessen am 11. März 1951 und am 4. Mai 1952, in Niedersachsen am 6. Mai 1951, in Bremen am 18. Mai 1952 hatte die CDU auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichtet (Mandatsgewinn durch die SPD); zu weiteren Listenverbindungen vgl. Nr. 12 Anm. 7 und Nr. 18 Anm. 112.

können, aber die letzte Entscheidung in dieser Frage fällt in den nächsten Tagen, wenn die Abstimmung im Bundesrat gefallen sein wird.

Scharnberg: Ich beziehe mich auf einen Mann, der vom Wahlrecht wirklich etwas versteht, Professor Hermens². Wir stehen vor einer Alternative: entweder das alte Bundestagswahlgesetz oder diese Kompromißlösung.

Gerstenmaier: Wir sehen nicht, wie in Württemberg-Baden eine Listenverbindung in den nächsten Wochen zustande kommen kann.

Scharnberg: Den internen Proporz brauchen Sie nicht zu machen, das geschieht auf Bundesebene.

Gerstenmaier: Wir können es leider nicht realisieren. (*Lebhafte Unruhe – Widerspruch.*)

Scharnberg: Das alte Wahlrecht ist eine Listenverbindung für alle Parteien. (*Anhaltende Unruhe.*)

Ehlers: Meine Damen und Herren! Wir sind nicht im Bundestag, aber etwas Ruhe und eine gewisse Reihenfolge der Redner könnten wir doch einhalten.

Es ist richtig, daß wir niemanden in der Bundestagsfraktion verpflichten können, etwas zu beschließen, was er nicht für richtig hält. Wir verstehen diesen Beschluß so: daß er der Versuch ist, durch die Autorität des Parteitages in dieser Auseinandersetzung so viel wie möglich für unsere Partei zu erreichen.

Krone: Ich sehe Schwierigkeiten, daß im Parteitag eine ähnliche Diskussion entstehen könnte wie im Vorstand. Wir können ihr entgehen, wenn wir eine Formulierung finden, die ungefähr sagt: Wir wollen eine Form des Wahlrechts auf der und der Grundlage einsetzen, aber nicht in der Fassung des Vorschlages von Scharnberg. Das stimmt überein mit den früher gefaßten Beschlüssen.

Fay: Was hat der Bundeskanzler dazu gesagt? Wir müßten zumindest wissen, was er gesagt hat.

Ehlers: Ich hatte mir gestattet, darauf hinzuweisen, daß diese Formulierung die Zustimmung des Bundeskanzlers gefunden hat.

Wuermeling: Man kann die Klammer (Stichwahl mit doppelter Stimme) nicht so stehen lassen, weil das den Eindruck erweckt, als wenn bei der Stichwahl mit zwei Stimmen gewählt würde. Man muß das besser erläutern. Ich schlage vor: doppelte Stimme und Stichwahl.

Ehlers: Es sind zwei Vorschläge gemacht worden, einmal in Klammern zu sagen: doppelte Stimme und Stichwahl, und zweitens: nicht hier den Gesetzentwurf in der Fassung des Vorschlages Scharnberg zu nehmen, sondern eine Form des gegenwärtigen Wahlrechts.

Wuermeling: Man müßte die Begründung noch durch folgenden Satz ergänzen:

² In der Vorlage: Hermanns. – Professor Dr. Ferdinand Aloys Hermens (geb. 1906), 1945–1972 Universität Köln, Direktor des Seminars für Politische Wissenschaften. Hermens hatte zuletzt am 18. April 1953 in der „Stuttgarter Zeitung“ zum Wahlrecht Stellung genommen. Liste seiner Veröffentlichungen in JESSE S. 401–403.

Er setzt das Personen- und Mehrheitswahlrecht im heute erreichbaren Ausmaß durch. Das ist einer der wesentlichsten Sätze.

Ehlers: Herr Krone, sind Sie so liebenswürdig, den von Ihnen gemeinten Vorschlag einmal zu formulieren. Dann könnten wir die Sache solange zurückstellen.

ENTSCHLIESSUNGEN

Wir haben dann vorliegen einige Entschlüsse der Exil-CDU. Repräsentation der Sowjetzone im Bundestag und in den europäischen Gremien.³

Gratl: Die Entschlüsselung Nr. 3 erübrigt sich, nachdem wir eine entsprechende Formulierung in den Programmentwurf eingearbeitet haben.

Ehlers: Gut, Nr. 3 ist erledigt.

Gratl: Auf die Entschlüsse A und B legen wir größten Wert.

Kather: Der Landesverband Oder-Neiße hat mich beauftragt, den Vorstand und die Freunde von der Exil-CDU zu bitten, diese Sache zurückzustellen. Es bestehen nach unserer Meinung erhebliche Bedenken. Wir beschreiten damit einen ganz neuen Weg. Es ist nicht dasselbe wie das, was wir in Berlin gemacht haben; denn von Westberlin kommen die Menschen in den Bundestag, während hier solche in den Bundestag kommen, die nicht in der Sowjetzone wohnen. Wir müssen alles vermeiden, was von unserer Seite aus als Verschärfung der Situation angesehen werden könnte. Wir halten die Sache im Augenblick nicht für aktuell.

Ehlers: Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Durchführung dieses Planes auf eine Unmenge von Bedenken stoßen wird.

Kather: Wir halten es für unmöglich, darüber im Parteitag eine Diskussion zu entfachen.

Ehlers: Die Ablehnung eines solchen Antrages durch den Parteitag würde katastrophal wirken. Das ist selbstverständlich.

Gratl: Eine Diskussion über diese Entschlüsselung im Parteitag ist unvermeidlich, weil unsere Resolution allen Parteimitgliedern und der Öffentlichkeit bereits bekannt ist. Außerdem haben wir diese Resolution in feierlicher Form auf dem Exil-Parteitag in Bonn beschlossen.⁴ Die Öffentlichkeit hat diese Forderung mit größtem Echo aufgenommen. Eine Verschärfung der außenpolitischen Situation vermag ich darin nicht zu erkennen. In der Frage Berlin ist dieser Schritt auch gewagt worden. Es kann sich nur um das Gebiet der deutschen Grenzen vom Jahre 1937 handeln. Damals gehörten die sudetendeutschen Gebiete nicht mehr zu uns. Ich kann gar nicht verhindern, daß aus den Kreisen der Exil-CDU diese Forderung auf dem

³ Der ursprüngliche Antrag bestand aus drei Teilen: „Repräsentation der Sowjetzone im Bundestag und in den europäischen Gremien“, „UN-Kommission gegen kommunistische Terrorakte in der Sowjetzone“ und „Einstellungspflicht zugunsten junger Flüchtlinge aus der Sowjetzone“. Teil 3 wurde gestrichen (ACDP VII-004-120/1; CDU, 4. Bundesparteitag S. 270f.).

⁴ Vom 22.–24. März 1953 in Bonn (vgl. Nr. 19 Anm. 68).

Parteitag erhoben wird, selbst dann, wenn ich sage, ich ziehe die EntschlieÙung zurück.

Ehlers: Ich finde das ist ein Verfahren, das auÙerordentlich schwierig ist. Wenn man sagt: Ich kann gar nicht verhindern... es treten Folgen ein... – dann muÙ man den Antragsteller bitten, sich die Folgen vorher auszudenken! (*Zurufe:* Sehr richtig!)

*Gerlich*⁵: Es gibt auch noch 300.000 Sudetendeutsche in der jetzigen Tschechoslowakei. Wenn wir das jetzt als Wahlprognose vorwegnehmen, ist das meiner Ansicht nach mehr als bedenklich. Ich bin der Meinung, daÙ der gesamtdeutsche Charakter nicht nur in der Repräsentation der Exil-CDU – sprich Mittelzone – zu sehen ist. Wenn wir die Grenzen von 1937 als Grundlage nehmen, haben wir auch noch Pommern, OstpreuÙen, Schlesien usw. zu berücksichtigen. Das sind Millionen mehr, die wir auf diese Weise schockieren.

Wir sind über die Presseverlautbarung von gestern abend erschüttert, daÙ über das Problem Oder-NeiÙe vom Bundeskanzler in Amerika nicht gesprochen worden sein soll.

Tillmanns: Ich glaube, es gibt nur die Lösung, daÙ der Vorstand erklärt, diese EntschlieÙung bedürfe noch einer näheren Prüfung. Infolgedessen müsse der Parteitag gebeten werden, die EntschlieÙung dem Bundesparteivorstand zu überweisen. Damit könnte die Sache ohne Diskussion erledigt werden.

Ehlers: Dem Bundesparteivorstand zu überweisen mit dem Auftrag zu prüfen, in welcher Weise verfassungsrechtlich und tatsächlich eine Repräsentation erreicht werden kann.

Von Brentano: Ich bin mit der Anregung Tillmanns einverstanden und möchte Herrn Gradl sagen, daÙ wir uns nicht gegen ein berechtigtes Anliegen wenden, sondern daÙ wir die politischen Konsequenzen sehen müssen. Es wäre verhängnisvoll, wenn morgen dieser Antrag abgelehnt würde; es wäre auch verhängnisvoll, wenn er angenommen würde; denn die Berufung der Menschen aus den Gebieten östlich der Oder-NeiÙe ist so logisch und so selbstverständlich, daÙ wir hier gar nicht ausweichen können.

Selbstverständlich würde dann von der SPD der Zusatzantrag gestellt werden: wo bleibt die Saar? Wir können es uns z.Z. nicht leisten, ein solches Gespräch zu führen und die Saar einzubeziehen. Wir stellen damit unsere ganze Politik auf den Kopf. Ich bitte daher dringend darum, so zu verfahren, wie Herr Tillmanns es vorgeschlagen hat.

Gradl: Wir haben uns diese EntschlieÙung reiflich überlegt. AuÙerdem haben wir diese Angelegenheit in den Parteigremien schon seit geraumer Zeit zur Sprache gebracht. Auf der letzten Sitzung des Bundesparteiausschusses haben wir die grundsätzliche Zustimmung des Bundeskanzlers zu dieser Forderung bekommen. Die

⁵ In der Vorlage: Gerdes bzw. Gerdig. – Dr. Walter Gerlich war Delegierter Schleswig-Holsteins (vgl. Nr. 19 Anm. 67).

Antwort auf die Frage Oder-Neiße könnte ich mir sehr leicht machen: Wir hätten von unserem Standpunkt aus nichts dagegen, wenn für die Oder-Neiße eine entsprechende symbolische Repräsentation zum Bundestag gefordert würde. Daß wir die FDP, die SPD und die CDU in einem Gleichheitsschlüssel vorgeschlagen haben, hat einfach seinen Grund darin, daß wir nicht über diese nationalen Fragen lächerliche Diskussionen über die Beteiligung der einzelnen Parteien herausfordern wollen.

Ich bin loyal genug, den Vorschlag von Dr. Tillmanns der Exil-CDU mitzuteilen. Sie müssen aber verstehen, daß ich selber nicht in der Lage bin, diesem Vorschlag zuzustimmen.

Von Brentano: Ich möchte keine Formulierung, aus der man auf die Saar schließen kann. Das würde die Situation außerordentlich erschweren.

Ehlers: Ist es richtig, daß das Saargebiet heute ein Teil der Bundesrepublik ist? (*Von Brentano:* Nach meiner Meinung ja!) Ich würde vorschlagen: Eine Repräsentanz der deutschen Gebiete in den Grenzen von 1937, die nicht Teile der Bundesrepublik sind, zu erreichen.

Vogel: Ich bitte darum, daß die Benennung der Grenzen von 1937 unter allen Umständen unterbleibt.

Kather: Weder eine Grenze noch ein Gebiet, sondern eine Repräsentanz des ganzen deutschen Volkes.

Kaiser: Die Sache mit der Saar wird uns nicht erspart bleiben. Die Sozialdemokratie wird bei der Bundestagswahl den einen oder anderen von der Saar aufstellen. Das ist das Politikum, dem wir uns gegenübersehen. Ich würde es bedauern, Brentano, wenn wir mit Bezug auf die Saar schwächer wären als die SPD.

Von Brentano: Nicht schwächer, sondern klüger und verantwortungsvoller.

Ehlers: Es hat keinen Zweck, länger zu diskutieren. Ich stelle den Antrag, dem Parteitag zu empfehlen, diesen Entschließungsentwurf dem Parteivorstand zur Prüfung zu überweisen, in welcher Weise eine Repräsentanz des ganzen deutschen Volkes im Bundestag erreicht werden kann.

Darf ich fragen, wer für diesen Antrag ist. Ich bitte um Erhebung der Hand! – Wer ist dagegen? – Enthaltung! – Gegen eine Stimme angenommen. Wer trägt das dem Parteitag vor?

Tillmanns: Die Entschließungen sollen im Redaktionsausschuß besprochen werden. Es muß also vom Redaktionsausschuß ein Berichterstatter bestellt werden.

Ehlers: Wir wollen es nicht komplizieren. Wir haben den Redaktionsausschuß nach meinem Dafürhalten eingesetzt, daß er die Programmgestaltung vornehmen soll. (*Tillmanns:* Nein!) Ich habe ihn so verstanden; wie können Sie Nein sagen! (*Heiterkeit.*)

Samsche: Es dürfte genügen, wenn der Präsident des Parteitages⁶ das mitteilt.

Ehlers: Ich schlage vor, diese Entschließung dem Redaktionsausschuß zu überweisen und ihm mitzuteilen, der Parteivorstand hätte dazu folgenden Beschluß ge-

6 Hugo Scharnberg.

faßt. (*Tillmanns*: Genau richtig!) Vielen Dank! Die zweite EntschlieÙung der Exil-CDU betrifft kommunistische Terrorakte in der Sowjetzone.⁷ Gibt es eine UN-Kommission dafür? Ich weiß es nicht.

Gerstenmaier: Nach meiner Meinung müÙte diese Sache an den Sicherheitsrat überwiesen werden und nicht an die UN-Kommission. Ich schlage vor, diese EntschlieÙung zur Prüfung dem Parteivorstand wegen des Modus procedendi zu überweisen.

Tillmanns: Was Herr Gerstenmaier sagt, steht im letzten Absatz dieser EntschlieÙung.

Ehlers: Ich schlage vor, diesen Antrag dem RedaktionsausschuÙ zu überweisen mit dem Bemerken: Der Parteivorstand empfiehlt dem Parteitag die Annahme dieser EntschlieÙung. – Sie sind einverstanden!

Dann liegt eine EntschlieÙung zur Frage der Leibesübungen in Deutschland vor. Ich habe keine Ahnung, von wem sie kommt.

Tillmanns: Sie kommt vom Landesverband Berlin. Die Gesamtheit aller Sportler ist eine nicht zu unterschätzende Kraft in der deutschen Jugend, auch für die kommenden Wahlen. Wir glauben mit dieser EntschlieÙung, die die erste auf einem Parteitag dieser Art ist, eine gute Wirkung herbeizuführen.

Ehlers: Dann würden die Klammern wegfallen? (*Tillmanns*: Ja!) Ich schlage Ihnen vor, mit dieser EntschlieÙung in der gleichen Weise zu verfahren. – Sie sind einverstanden.⁸

In einer weiteren EntschlieÙung wird beantragt, eine Enquete über Sozialleistungen⁹ durchzuführen.

Tillmanns: Das ist aufgehoben worden.

Ehlers: Ist erledigt! Nun kommen wir zur EntschlieÙung Nr. 4 des Landesverbandes Hamburg über Sozialversicherung.¹⁰

Samsche: Dieser Entwurf hat im Landesverband eine sehr starke redaktionelle Änderung erfahren. Die geänderte Form ist von Herrn Heyn heute im Plenum vorgetragen worden¹¹; ich habe sie nicht.

Kaiser: Er hat den Wortlaut dem Präsidenten übergeben.

Ehlers: Herr Samsche übernimmt es, den endgültigen Vorschlag dem RedaktionsausschuÙ zuzuleiten. Damit ist die Sache erledigt.

Wir kommen zum Antrag Nr. 5: EntschlieÙung zur allgemeinen Verkehrs- und Schiffahrtspolitik.¹²

7 Vgl. CDU, 4. Bundesparteitag S. 271.

8 EBD. S. 272.

9 EBD. S. 273.

10 EBD. S. 274.

11 EBD. S. 145–148. – Dr. Walter Heyn (1894–1974), vor 1933 Wirtschaftspartei, Mitgründer der CDU Hamburg, 1956 FDP, 1929–1959 Angestellter einer Hamburger Krankenversicherung.

12 EBD. S. 274–276.

Samsche: Auch hier sind redaktionelle Änderungen erfolgt.

Ehlers: Darf ich vorschlagen, genauso wie vorhin zu verfahren und die EntschlieÙung an den RedaktionsausschuÙ zu überweisen.

*Nagel*¹³: Ich habe mit Herrn Blumenfeld vereinbart, daß neben Hamburg auch Bremen genannt wird.

Ehlers: Ich stelle fest, daß unter Berücksichtigung dieser Änderung der Bundesparteivorstand vorschlägt, dem Parteitag diese EntschlieÙung zur Annahme zu empfehlen. (*Zuruf:* Es gibt aber noch mehr Häfen!) Ja, das hat sich inzwischen herumgesprochen! (*Heiterkeit.*)

Wir kommen zur Anlage Nr. 6: EntschlieÙung des Kulturpolitischen Ausschusses.¹⁴ Wenn keiner das Wort dazu wünscht, darf ich in gleicher Weise wie bei den übrigen Anträgen verfahren. Die Behandlung der EntschlieÙungen ist damit erledigt.

Inzwischen ist uns der Text des Programms zugegangen. Ich bitte Sie, nicht zu erschrecken, es sind 18 Seiten geworden ... (*Zuruf:* Nicht ganz!) Ich wollte den Satz zu Ende bringen! (*Heiterkeit.*) Ein großer Teil der Blätter ist nicht beschrieben. Das ist eine ganz raffinierte Methode der Tarnung.

Ich darf aber vorher auf die Wahlrechtssache zurückkommen. Es wird folgender Wortlaut vorgelegt:

Der 4. Parteitag der CDU erwartet von der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, daß sie sich geschlossen hinter den geänderten Regierungsentwurf für das Wahlrecht zum Bundestag stellt (Stichwahl mit doppelter Stimme), wie er am 17. April im WahlrechtsausschuÙ des Deutschen Bundestages vom Abgeordneten Scharnberg vorgeschlagen worden ist. Begründung: Dieses Wahlrecht erstrebt eine echte Synthese zwischen den demokratischen Rechten des Wählers und seiner Verantwortung für den Staat. Es bannt die Gefahr, daß durch die Bildung von Splitterparteien der demokratische Gedanke verfälscht wird.¹⁵ Sind Sie damit einverstanden? Ich stelle das fest. Dann würden wir das dem Parteitag morgen zur Beschlußfassung unterbreiten. Ich darf Ihnen das geben, Herr Dr. Heck.

PARTEIPROGRAMM

Wir kommen zum Parteiprogramm. Darf ich bitten, daß einer der beteiligten Herren das Wort nimmt, wobei wir der Nacharbeit der Herren dankbar zu gedenken Anlaß haben.

13 In der Vorlage: Nabel. – Nagel war Delegierter Bremens für die Sitzung des Bundesparteiausschusses am 22. April 1953. – Heinrich Nagel (1888–1958), 1950–1951 und 1955–1958 Mitglied der Bremischen Bürgerschaft (CDU), 1952–1958 stv. Vorsitzender des CDU-Landesverbands Bremen.

14 Vgl. CDU, 4. Bundesparteitag S. 272f.; vgl. auch ACDP VII-004-120/1.

15 Endgültiger Wortlaut vgl. CDU, 4. Bundesparteitag S. 270.

Kiesinger: Wir sind bis 4 Uhr zusammengewesen und haben uns heute morgen wieder zusammengesetzt. Das Programm ist inhaltlich – trotz der Kürze – besser geworden, nachdem wir lange und hartnäckig gefeilscht haben. Wir glauben, daß es eine brauchbare Grundlage für die Presse ist. Wir sprachen gestern von einer 200-Zeilen-Fassung. Das ist nicht gelungen. Ich habe darum gebeten, daß für die Presse vielleicht auf zwei, drei Seiten der wesentliche Inhalt schlagwortartig zusammengefaßt wird.

Ehlers: Ich habe eine Frage vorweg. Mir ist heute morgen mitgeteilt worden, daß der Bundeskanzler es für erforderlich hält, morgen früh Hamburg zu verlassen, so daß er also bei der Schlußkundgebung nicht dabeisein kann, um dem Bundesrat für die Beratungen des Außenpolitischen Ausschusses zur Frage der Verträge zur Verfügung zu stehen.

Ich habe keinen Zweifel daran, daß diese Aufgabe des Bundeskanzlers außerordentlich dringlich und entscheidend ist. Auf der anderen Seite habe ich dem Bundeskanzler gesagt, daß ich es geradezu für verhängnisvoll halte, daß der Bundeskanzler praktisch in keiner öffentlichen Parteitagsveranstaltung – außer der Großkundgebung – gesprochen hat. Ich habe ihn sehr dringend darum gebeten, dazubleiben. Er hat mir gesagt, daß er das auf keinen Fall könne.¹⁶

Ich weiß nicht, ob der Parteivorstand dem Bundeskanzler in dieser Richtung eine Bitte aussprechen soll. Es dreht sich um die Abwägung der Interessen. Ich muß mich sehr schweren Herzens zu der Meinung bekennen, daß die Aufgabe, in der Öffentlichkeit bei der Schlußkundgebung des Parteitages zu sprechen, so dringlich sie ist, gegenüber der Möglichkeit, eine positive Entscheidung im Bundesrat herbeizuführen, zurückstehen muß. Der Bundeskanzler meint, daß es nicht anders gehe. Ich bitte Sie, dazu Stellung zu nehmen.

Majonica: Vielleicht kann er morgen früh in gedrängter Form noch etwas sagen.

Kaiser: Ich halte das letzte für keine Lösung. Wir müssen den Parteitag in Ordnung zu Ende führen. Ich bin darüber besorgt, daß uns der Parteitag, wenn der Bundeskanzler morgen nicht mehr da sein wird, zerflattert. Dann wird ein ganzer Kreis von Delegierten nicht mehr da sein.

Ich würde deshalb bitten, daß wir unsere ernstesten Bedenken gegen diesen Entschluß oder das Vorhaben des Kanzlers dem Kanzler noch einmal zum Ausdruck bringen. Ich bin davon überzeugt, daß Not am Mann ist, aber ich meine, der Parteitag, der so viel für uns bedeutet, sollte nicht darunter leiden.

Simpfendorfer: Ich bin mit dem, was über die Notwendigkeit der Anwesenheit des Bundeskanzlers gesagt wurde, einverstanden, andererseits sehe ich die Aufgabe, daß er in Bonn sein muß, noch viel stärker an. Ich glaube, es ist unbedingt notwendig, daß er persönlich dort ist.

¹⁶ Adenauer nahm an der Schlußsitzung des Parteitags nicht mehr teil. Der Terminkalender für den 22. April hält nur Gespräche mit Globke, Hallstein und Bundespräsident Heuss fest. Die Bundesratssitzung war am 24. April 1953.

Ehlers: Das Kabinett ist in Bonn.

Gurk: Ich bin der Meinung, daß der Kanzler wohl oder übel in Bonn sein muß. Er darf insbesondere nicht dem Stuttgarter Kabinett die Chance bieten, durch sein Fehlen eine Verschiebung oder Ablehnung der Verträge herbeizuführen. (*Zuruf:* Der Bundeskanzler kann fliegen; dann ist er in zwei Stunden in Bonn.)

Ehlers: Es ist die Frage, ob man dem Bundeskanzler nicht die Möglichkeit geben sollte, zu fliegen. Ob er mit dem Mercedes 300 in sechseinhalb Stunden nach Bonn fährt oder in eineinhalb Stunden fliegt, das ist ein beachtlicher Unterschied.

Tillmanns: Ich glaube, daß es für unsere Sache, die wir uns vorgenommen haben, ein wirklich großer Schaden ist, wenn der Bundeskanzler morgen nicht in der Schlußkundgebung spricht. Wenn der Bundeskanzler morgen früh abfährt, wird das allen Delegierten bekannt. Es ist überhaupt alles, was hier passiert, sofort bekannt. Selbst die gestrige Debatte im Vorstand ist der Presse bekanntgeworden. Wenn der Bundeskanzler jetzt plötzlich abfährt, entsteht bei den Delegierten eine gewisse Enttäuschung, mit der sie ins Land gehen. Das können wir nicht gebrauchen. Wir sollten den Bundeskanzler dringend bitten, im Anschluß an die Kundgebung ein Flugzeug zu benutzen, damit er noch rechtzeitig in Bonn sein kann.

Scharnberg: Ich habe festgestellt, daß er, wenn wir seinen Vortrag vorverlegen, um 5 Uhr mit dem Auto in Bonn sein kann. (*Zuruf:* Er hat morgen früh eine Besprechung mit Ministerpräsident Maier.)

Kaiser: Dann fährt er schon heute nacht.

Ehlers: Es hat keinen Zweck, daß wir uns über die Pläne des Bundeskanzlers unterhalten. Wer übernimmt es, dem Bundeskanzler diese Gesichtspunkte deutlich zu machen und ihn dringend zu bitten? Ich habe den Versuch gemacht und bin damit gescheitert. Herr von Brentano?

Von Brentano: Ich bin sehr enttäuscht und halte es für schmerzlich, daß der Bundeskanzler morgen nicht da ist. Ich frage mich aber, was durch sein Fernbleiben in Bonn für die gesamte deutsche Politik geschieht. Es ist m.E. eine verhängnisvolle Sache. Man könnte vielleicht versuchen, ihn zu bitten, morgen früh um 9 Uhr noch einmal zu sprechen. Das könnte man heute abend noch bekanntgeben. Er könnte dann um 10 Uhr in eine Sondermaschine steigen und wäre um 12 Uhr in Bonn.

Für mehr möchte ich nicht die Verantwortung übernehmen bei der politischen Situation. Er hat heute beim Essen mit mir gesprochen. Ich habe den Eindruck, daß er außerordentlich besorgt ist. Auch Ministerpräsident Arnold hat sehr intensiv mit ihm gesprochen. Auch Arnold ist außerordentlich besorgt. Ob wir da sagen können, wir erwarten, daß Sie dableiben, weiß ich nicht.

Kiesinger: Es ist auch wichtig, daß er morgen in guter Form ist bei den Verhandlungen. Man erreicht mehr, wenn man frisch ist, als wenn man müde ist.

Gerlich: Ich würde zumindest den Versuch unternehmen, vom Vorstand aus ganz offiziell mit ihm zu sprechen.

Ehlers: Sie meinen also, daß die beiden Vorsitzenden und Dr. von Brentano

dem Bundeskanzler das deutlich machen sollten. Nein! Die Entscheidung ist seine, nicht unsere! Darüber können wir nicht diskutieren.

Kaiser: Ich würde bitten, daß sich Scharnberg anschließt.

Ehlers: Es ist also vereinbart, daß wir ihm unsere Bitte vortragen sollen. – Wir können nun zum Programm kommen. Soll es verlesen werden?

Tillmanns: Ich hatte bereits darauf hingewiesen, daß wir in eine Zeitnot kommen werden, aber meine Hinweise sind nicht immer vom Vorstand beachtet worden. Jetzt stehen wir in einer Zwangslage. Ich sage das mit aller brutalen Offenheit. Es sind irgendwelche maßgebenden Änderungen – auch in den einzelnen Formulierungen – einfach nicht mehr möglich; wenn wir das machen wollen, müssen wir morgen darauf verzichten, das Programm zu verabschieden.

Simpfendorfer: Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß Carlo Schmid sagen würde, auf Seite 2 steht wörtlich ...

Ehlers: Warum sollen wir nicht einmal mit Carlo Schmid einig sein.

Strickrodt: Ich schlage vor, daß diejenigen, die nicht im Redaktionsausschuß sind, sagen, ob sie zustimmen.

Ehlers: Ich schlage vor, daß jeder das durchsieht, was ihm kritisch erscheint, und dann, falls erforderlich, konkrete Abänderungsvorschläge macht. Wir wollen uns jetzt etwa zehn Minuten lang darauf konzentrieren. Wer seine Änderungen jetzt schon sagen kann, hat die Möglichkeit, sich einer Meditation hinzugeben.

Zu dem vorgelegten Programm werden folgende Änderungen beschlossen:

Seite 1, Vorschlag Dr. Vogel: Unter der Kanzlerschaft Konrad Adenauers hat die Christlich-Demokratische Union in den letzten vier Jahren das deutsche Volk in der Bundesrepublik aus Hunger, Not und tödlicher Vereinsamung herausgeführt.

Seite 2, 3. Abs.: Die öffentlichen Aufgaben sind zunächst von der gemeindlichen Selbstverwaltung zu erfüllen.

Seite 3, 4. Abs., Vorschlag Dr. Ehlers: Wir stehen zu den deutschen Soldaten, die ihrer besten Überlieferung getreu sich dem Volk in sittlicher Verpflichtung verbinden.

Seite 4: Alle Versuche, den überwundenen konfessionellen Hader neu zu entfachen, lehnen wir einmütig und geschlossen ab.

Seite 5, 2. Abs.: Das gilt besonders für die Hausratshilfe und den Wohnungsbau, der bisher schon den Vertriebenen 375.000 Wohnungen gebracht hat. Die Lager müssen so schnell wie möglich geräumt werden und die Alten und Erwerbsunfähigen schleunigst in den Genuß ihrer Ansprüche kommen.

Seite 11, Abs. 1, Satz 1: Trotz außerordentlicher Leistungen im Wohnungsbau fehlen noch Millionen von Wohnungen. Der Wohnungsbau muß darum...

Seite 16 – VI. Deutschland in der Gemeinschaft der Völker, Abs. 1: Die Bundesrepublik Deutschland handelt stellvertretend für alle Deutschen in Ost und West, denen es versagt ist, in einem freien sozialen Rechtsstaat zu leben. Es bleibt unsere Kernaufgabe, auf friedlichem Wege allen Deutschen diese gemeinsame Heimat zu geben.

Seite 17, Abs. 4: Die Gefahr eines auf europäischem Boden ausgetragenen Krieges wird eher heraufbeschworen durch eine Politik der Uneinigkeit und der Rat- und Tatenlosigkeit, als durch die entscheidende Bereitschaft des deutschen Volkes, in der Gemeinschaft der freien Völker für die Erhaltung des Friedens und die Verteidigung ihrer Freiheit einzutreten.

Abs. 6: Niemand hat dem deutschen Volke einen Weg gewiesen, auf dem die deutsche Einheit in Freiheit anders als auf die von uns vertretene Weise zu erreichen wäre.

Abs. 7: Wir werden nicht aufhören, uns mit allen Kräften für die deutschen Kriegsgefangenen und Internierten einzusetzen, die acht Jahre nach Kriegsende immer noch festgehalten werden.

Ehlers: Ich stelle fest, daß der Parteivorstand damit einverstanden ist, daß das vorgelegte Programm mit den vorgesehenen Änderungen dem Parteitag vorgelegt wird.¹⁷

NEUWAHL DES VORSTANDES

Gurk: Es ist morgen die Wahl für die drei geschäftsführenden Vorstandsmitglieder, für den Bundesschatzmeister und die zehn weiteren Mitglieder vorzunehmen. Wir haben uns mit der Frage befaßt, ob die Mitglieder des Parteivorstandes, die auch dem Parteiausschuß angehören, wenn sie selbst betroffen sind, wieder mitwählen können und ob ihr Mandat vor der Wahl erloschen ist oder nach der Wahl. Der Wahlprüfungsausschuß war mit Mehrheit der Meinung, es sollten diese Mitglieder mitwählen können bei der Neuwahl des Vorstandes, und zwar war das Stimmenverhältnis 2:1 im Prüfungsausschuß.

Ehlers: Sind Sie einverstanden?

Wuermeling: Wir schließen uns der Mehrheit an.

Simpfendörfer: Das ist eine Frage, die das Plenum entscheiden muß.

Gurk: Ich bin der Meinung, wenn der Parteiausschuß die Auslegung gehört hat, wird sie morgen als gegeben hingenommen. Wir brauchen keine Diskussion im Plenum.

Fay: Der Parteitag hat die Mandatsprüfungskommission bestimmt, und diese hat mir Mehrheit eine bestimmte Frage ausgelegt. M.E. müßte das bindend sein.

Ehlers: Darf ich feststellen, ob Sie mit der Meinung von Herrn Gurk einverstanden sind? – Das ist der Fall.

Tillmanns: Von den ordentlichen Mitgliedern stehen zur Wiederwahl zur Verfügung Majonica, Samsche, Dr. Schreiber, Dr. Strickrodt und Dr. Zimmer. Von den

¹⁷ Wortlaut des Hamburger Programms in CDU, 4. Bundesparteitag S. 249–260; vgl. auch Bruno HECK (Hrsg.): Die CDU und ihr Programm. Programme – Erklärungen – Entschlüsse. Melle 1979 S. 47–60.

bisherigen stellvertretenden Mitgliedern stehen zur Wiederwahl zur Verfügung Frau Heiler, Heurich, Lünendonk, Dr. Sauer, Dr. Süsterhenn.

Als ordentliche Mitglieder sind vorgeschlagen worden vom	
Heimatvertriebenenausschuß	Wackerzapp, evangelisch
Sozialausschüsse	Albers, katholisch
Württemberg	Bauknecht, katholisch
Exil-CDU	Dr. Gradl, katholisch
Hessen	Jansen ¹⁸ , evangelisch
Frauen	Dr. Helene Weber, katholisch
Junge Union	Benda, katholisch ¹⁹

Frau Heiler, Hessen, die bisher stellvertretendes Mitglied war, würde bei den Stellvertretern ausscheiden. Vom Frauenausschuß sind weiter vorgeschlagen worden:

Frau Pitz²⁰, Hessen, katholisch
Frau Praetorius²¹, evangelisch
Frau Röskau²², katholisch, Oder-Neiße.

Bei der regionalen Streuung dieser Vorschläge ist Hessen außerordentlich stark vertreten, während Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Bremen, Nordwürttemberg, Süd- und Nordbaden überhaupt nicht vertreten sind. Wenn wir daran festhalten, daß die Vorsitzenden der Landesverbände dem Vorstand angehören mit der Maßgabe, daß sie sich vertreten lassen können, dann muß das für alle Landesverbände gelten.

Fay: Herr Hilpert kann weiterhin Mitglied des Vorstandes sein. Er hat diesen Wunsch, und die hessischen Freunde wünschen es auch.

Tillmanns: Dann würde noch zu ergänzen sein, daß bei den ordentlichen Mitgliedern zur Wiederwahl Herr Hilpert zur Verfügung steht.

Ehlers: Beabsichtigt der Vorstand, so zu verfahren, daß er dem Parteiausschuß

18 Walter Jansen (1899–1969), Mitgründer der CDU Hessen, 1946 Persönlicher Referent des hessischen Ministerpräsidenten, 1946–1964 Landrat in Schlüchtern, 1946 Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung, 1950–1966 MdL Hessen.

19 Ernst Benda (geb. 1925), seit 1946 CDU, 1951–1954 Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Spandau, 1952–1954 Vorsitzender der Jungen Union Berlin, 1955–1957 Mda Berlin, 1957–1971 MdB, 1967–1968 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium, 1968–1969 Bundesminister des Innern, 1971–1983 Richter und Präsident des BVerfG. – Benda ist evangelisch.

20 Elisabeth Pitz-Savelsberg (geb. 1906), vor 1933 Windthorstbund, Mitgründerin der CDU Hessen, 1946–1953 MdL Hessen, 1950–1953 Dezernentin für Jugendpflege beim Regierungspräsidenten in Wiesbaden, 1953–1969 MdB, 1965–1969 Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (Erinnerungen in ABGEORDNETE 3 S.175–296).

21 Gisela Praetorius (1902–1981), Mitgründerin der CDU Düsseldorf, 1950–1954 und 1958–1962 MdL Nordrhein-Westfalen, 1953–1957 MdB.

22 Hilde Röskau (1909–1958), 1947 Vorstandsmitglied des ZvD, Vorsitzende des Landesvertriebenenausschusses der CDU Rheinland, Vorstandsmitglied des Frauenausschusses der CDU Rheinland, 1954–1958 MdL Nordrhein-Westfalen (1956 Übertritt zur FDP).

einen geschlossenen Vorschlag macht? (*Tillmanns*: Ja.) Dann bleibt nichts anderes übrig, als daß der Vorstand sich entschließt, über die Hürde zu springen. Es muß irgendwie jetzt entschieden werden. Es hilft nichts.

Kaiser: Dadurch, daß die Vorsitzenden der Landesverbände jetzt als geborene Mitglieder dem Vorstand angehören, ist eine neue Grundlage geschaffen. Ich bitte nicht zu erschrecken, aber wir müssen im Vorstand eine glückliche Widerspiegelung der Schichtung unserer Wähler haben. Ich wage es auszusprechen, daß eine Repräsentation unserer größten Wählerschichten nicht genügend gegeben ist im Vorstand. Das bezieht sich auf die Frauen und die Arbeiterschaft, die 50 % unserer Wähler stellen. Das bezieht sich auch auf die Bauern.

Tillmanns: Ich darf Herrn Kaiser daran erinnern, daß wir in der letzten Vorstandssitzung diese Gruppen gebeten haben, Vorschläge zu machen. Alle Vorschläge, die gemacht worden sind, habe ich eben verlesen. Ich habe genau das getan, was Herr Kaiser wünscht. Herr Etzel hat noch Herrn Hellwig vorgeschlagen.

Simpfendorfer: Wir waren übereingekommen, daß die noch nicht vertretenen Gruppen zuerst genannt werden sollen.

Ehlers: Es ist vorgeschlagen als ordentliches Mitglied von den Sozialausschüssen Herr Albers, als Vertreter Herr Winkelheide. Ich lasse abstimmen. (*Kather*: Zur Geschäftsordnung! Es gibt eine Gruppe, die als letzte drankommt!) Ich hoffe, daß das nicht der Fall ist. Darf ich fragen, ob Sie damit einverstanden sind, daß der Parteivorstand Herrn Albers als ordentliches Mitglied und Herrn Winkelheide als Stellvertreter vorschlägt? – Kein Widerspruch. Ich stelle das fest!

Von den Bauern sind vorgeschlagen Herr Bauknecht und als Stellvertreter Herr Wehking. Bestehen Bedenken? – Das ist nicht der Fall.

Von den Heimatvertriebenen sind vorgeschlagen Herr Wackerzapp und als Stellvertreter Frau Röskau. Bestehen Bedenken? – Das ist nicht der Fall.

Von der Exil-CDU wird Herr Gradl benannt, ohne Stellvertreter. – Keine Bedenken!

Von den Frauen sind Frau Dr. Weber sowie Frau Heiler als ordentliche Mitglieder vorgeschlagen, Frau Pitz und Frau Praetorius als Stellvertreter. Ist es Ihre Meinung, daß unter den zehn Mitgliedern zwei Frauen und zwei Stellvertreter sein sollen?

Tillmanns: Ich schlage vor zu sagen, eine Frau als ordentliches Mitglied und eine Stellvertreterin.

Gröwel: Es müssen zwei Frauen sein!

Gurk: Kann es keine Frau aus dem südwestdeutschen Raum sein? Lassen Sie den Namen offen.

Ehlers: Es ist praktisch unmöglich, mit zwei Frauen sämtliche Gebiete zu berücksichtigen. Norddeutschland ist überhaupt nicht vertreten.

Kiesinger: Herr Gurk, denken Sie daran, daß der Bundesparteivorstand das oberste Gremium ist und daß die Frauen von hoher politischer Qualität sein müssen.

Gurk: Die haben wir!

Simpfendörfer: Wie können Sie so etwas sagen!

Gurk: Ich hätte Namen genug!

Ehlers: Darf ich vorschlagen, damit wir weiterkommen, zunächst einmal die Wahl einer Frau vorzunehmen. Wir können nachher darauf zurückkommen. Es sind vorgeschlagen Frau Dr. Weber und als Stellvertreterin Frau Heiler. – Ist das Ihre Meinung?

Gröwel: Wir haben einen bestimmten Auftrag vom Vorstand des Frauenausschusses und sind daran gehalten.

Ehlers: Wir müssen es dem Vorstand überlassen. Ich schlage vor, zunächst eine Dame zu wählen. Wir kommen nachher darauf zurück.

Bach: Ich halte es für unmöglich, daß wir nur eine Frau im Vorstand haben. Zwei Frauen sind unbedingt notwendig. Wir sind als Männer überwiegend. (*Heiterkeit.*)

Heck: Frau Dr. Weber hat mir schriftlich mitgeteilt, daß der Frauenausschuß folgende Mitglieder vorschlägt:

Frau Dr. Weber, Stellvertreterin Frau Pitz,

Frau Heiler, Stellvertreterin Frau Praetorius.

Falls es nicht möglich ist, zwei ordentliche Mitglieder in den Vorstand zu wählen, schlägt der Frauenausschuß vor, Frau Dr. Weber und Frau Heiler.

Heiler: Ich bin seit zwei Jahren stellvertretendes Mitglied. Es ist mir einmal ausdrücklich mitgeteilt worden, daß die Stellvertreter nur zu erscheinen haben, wenn das ordentliche Mitglied nicht anwesend sein kann. Infolgedessen hat die Vertreterin nur eine sehr eingeschränkte Mitwirkung.

Ehlers: Sind wir der Meinung, daß wir den Vorschlag auf zwei Frauen und zwei Stellvertreterinnen ausdehnen sollen? Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Die meisten enthalten sich! Männerfurcht vor Frauenthronen! (*Lebhafte Heiterkeit.*)

Tillmanns: Wir kommen nachher in die Unmöglichkeit, diesen Vorschlag durchzuführen.

Ehlers: Ich klammere die Frage der zwei Frauen aus. Sie ist noch nicht entschieden. Wir müssen weitermachen!

Die Junge Union ist durch Majonica vertreten. Als Vertreter wird Herr Benda vorgeschlagen. Sind Sie der Meinung, daß dieser Vorschlag akzeptiert werden soll? – Ich stelle das fest. Das war Nr. 7.

Tillmanns: Ich glaube, es würde uns schlecht anstehen, wenn ausgerechnet auf dem Parteitag in Hamburg kein Vertreter von Hamburg gewählt würde.

Ehlers: Sind Sie der Meinung, daß Herr Samsche wiedergewählt wird? – Es ist niemand dagegen.

Es stehen noch offen die Herren Dr. Schreiber, Dr. Strickrodt, Dr. Zimmer und Dr. Hilpert. Dafür stehen insgesamt zwei Plätze offen, wenn man zwei Frauen unterstellt.

Altmeier: Herr Hilpert war als Landesverbandsvorsitzender Mitglied des Vorstandes.

Ehlers: Es ist Herr Jansen vorgeschlagen. Ich darf die anderen Herren einmal fragen. Herr Dr. Strickrodt?

Strickrodt: Ich würde natürlich zurückgetreten sein, aber da ich Vizepräsident der NEI bin, wäre es gut, das Amt beizubehalten.

Ehlers: Sind Sie dafür, daß Herr Strickrodt weiter im Vorstand bleibt. – Niemand ist dagegen.

Gurk: Ich darf als Vertreter Herrn Heurich vorschlagen.

Ehlers: Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Damit ist Nordbaden auch vertreten. Jetzt haben wir noch einen Platz zu besetzen.

Bach: Wir kommen an Dr. Zimmer und Dr. Schreiber nicht vorbei.

Tillmanns: Ich würde mich freuen, wenn Dr. Schreiber als ordentliches Mitglied in den Vorstand käme. Wenn wir daran festhalten, unsere CDU-Ministerpräsidenten einzuladen, zählt Herr Dr. Schreiber in seiner Eigenschaft als CDU-Bürgermeister dazu, allerdings ohne Stimmrecht.

Kiesinger: Ich freue mich, daß Herr Tillmanns einen Weg zeigt. Ich persönlich lege ohnehin Wert darauf, daß Herr Zimmer, der die ganzen Jahre hindurch mitgearbeitet hat, weiter dabei ist.

Ehlers: Das würde heißen, daß wir Herrn Schreiber nicht vorschlagen, sondern unterstellen, daß er als Berliner Bürgermeister an den Sitzungen des Vorstandes teilnimmt. Herr Zimmer wird dann als Mitglied des Vorstandes vorgeschlagen.

Simpfendörfer: Es besteht ein großes Mißverhältnis zwischen der Zahl der hessischen und süddeutschen Vorstandsmitglieder.

Ehlers: Zunächst ist die Frage zu entscheiden, wer steht noch zur Debatte. Oder wollen Sie zwei Frauen hineinwählen. Dr. Zimmer ist klar! (*Zurufe:* Ja.) Damit sind wir bei zehn angekommen, wenn wir zwei Frauen unterstellen.

Tillmanns: Es ist von der Wirtschaft Herr Hellwig genannt worden. Wir haben einen ausgezeichneten Mann der Wirtschaft in Herrn Strickrodt. Außerdem ist Herr Fricke aus Niedersachsen vorgeschlagen worden. (*Zuruf:* Er ist Landesverbandsvorsitzender.)

Ehlers: Es ist die Frage, ob Herr Hellwig als Vertreter für Strickrodt gewählt werden soll. (*Zuruf:* Man kann Heurich als Vertreter von Zimmer nehmen.)

Tillmanns: Bisheriger Stellvertreter von Zimmer war Süsterhenn.

Ehlers: Ich darf zu Niedersachsen etwas sagen. Abgesehen von meiner Person sind die drei niedersächsischen Landesverbände überhaupt nicht im Vorstand vertreten, so daß die Forderung: ein Hauptmitglied und ein stellvertretendes Mitglied aus Rheinland-Pfalz – vielleicht etwas über die anderen Landesverbände hinausgeht.

Zimmer: Es fällt mir schwer, etwas zu sagen. Wenn es nach meinem Willen gegangen wäre, hätte ich gern verzichtet. Mein Land hat erklärt, ich dürfe von mir aus nicht verzichten. Nachdem Sie sich nun so entschieden haben, kann ich meinerseits nicht erklären, daß wir auf Herrn Süsterhenn verzichten.

Ehlers: Wie wollen wir es machen, Herr Simpfendörfer?

Simpfendörfer: Herr Zimmer sollte ausscheiden! (*Zurufe:* Nein!)

Ehlers: Herr Zimmer ist doch von uns vorgeschlagen. Nun sind noch vorgeschlagen die Frauen Dr. Weber und Heiler und als Stellvertreterinnen Pitz und Praetorius. Sind Sie damit einverstanden?

Tillmanns: Wir können neben Frau Praetorius als Stellvertreterin Frau Brökel-schen²³ nehmen.

Ehlers: Wer ist Frau Pitz? (*Zuruf:* Aus Hessen!) Schon wieder Hessen!

Tillmanns: Wir müssen jemand aus dem niedersächsischen Raum haben.

Ehlers: Darf ich vorschlagen, daß wir den Frauenausschuß bitten, sich die Sache zu überlegen. Ich muß sagen, für den ganzen norddeutschen Raum Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein usw. ist bisher kein Vertreter dabei. (*Zuruf:* Samsche!) Ja, Hamburg. Wäre es nicht zweckmäßig, unter den stellvertretenden Mitgliedern jemand aus dem norddeutschen Raum zu nehmen?

Tillmanns: Ich schlage Herrn von Hassel vor.

Ehlers: Wir müssen endlich zu einem Ergebnis kommen. Sind Sie einverstanden, daß Herr Hellwig als Stellvertreter von Herrn Samsche benannt wird? – Ich stelle das fest. Dann sind wir vollständig. Wir müssen zum Schluß kommen. Ich danke Ihnen.

23

Bonn, 22. Mai 1953

Sprecher: Adenauer (zeitweise abwesend), Albers, Arnold, Bach, Cillien, Dichtel, Dobelmann, Globke, Gradl, von Hassel, Heck, Johnen, Kaiser, Kather, Kiesinger, Lehr, Lensing, Lenz, Majonica, Müller, Scharnberg, Schröder, Strickrodt, Süsterhenn, Tillmanns, Frau Weber, Wehking, Wiedemeier, Wuermeling, Zimmer sowie von Lojewski.

Bericht zur innen- und außenpolitischen Lage. Wahlrechtsfragen: Wahlrecht, Kandidatenaufstellung, Listenverbindungen, Wahlpropaganda.

Beginn: 11.00 Uhr

Ende: 18.00 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich muß um Entschuldigung bitten, daß ich Sie noch vor Pfingsten hierher gebeten habe; ich glaube aber, die Situation rechtfertigt es. Mir wurde von Sachverständigen gesagt, sie würden lieber vor als nach

23 Vgl. Nr. 18 Anm. 86.